

Russland, China und die Weltrevolution

Autor(en): **Kux, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **41 (1961-1962)**

Heft 2

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-161210>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rußland, China und die Weltrevolution

ERNST KUX

Lenins Prospekt der kommunistischen Weltrevolution sah eine Verbindung des «Bürgerkrieges des Proletariats gegen die Bourgeoisie in den fortschrittlichen Ländern» mit «nationalen Befreiungsbewegungen der unentwickelten, rückständigen und unterdrückten Nationen» voraus¹. Lenin, dem das Wort zugeschrieben wird, daß der Weg nach Paris über Peking und Delhi führe, erblickte schon 1915 im «Erwachen von hunderten Millionen Menschen» in China, Persien, Indien den «historischen Boden für einen nationalen Befreiungskrieg²»; es ist sicher auch kein Zufall, daß Lenin im Herbst 1915 gegenüber der ihn unterstützenden deutschen Reichsregierung erklären ließ, er würde nach einer erfolgreichen Revolution in Rußland «russische Truppen nach Indien schicken³». In dieser Vorstellung Lenins von einer kombinierten Revolution in den europäischen Industriestaaten und den unentwickelten Ländern Asiens verbanden sich Züge der zaristischen imperialen Politik im Nahen und Fernen Osten mit apokalyptischen Vorstellungen der marxistischen Weltrevolution. Noch in seiner letzten Schrift, «Lieber weniger, aber besser» (März 1923) prophezeite Lenin einen weltenwendenden Endkampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus:

«Der Ausgang des Kampfes hängt in letzter Instanz davon ab, daß Rußland, Indien, China usw. die gigantische Mehrheit der Bevölkerung der Erde stellen. Gerade diese Mehrheit der Bevölkerung wird denn auch in den letzten Jahren mit ungewöhnlicher Schnelligkeit in den Kampf um ihre Befreiung hineingerissen, so daß es in diesem Sinne nicht die Spur eines Zweifels darüber geben kann, wie die endgültige Entscheidung des Weltkampfes ausfallen wird. In diesem Sinne ist der endgültige Sieg des Kommunismus vollständig und unbedingt gesichert⁴.»

Diese kommunistische Zielvorstellung hat sich bis heute nicht geändert. Über die Wege zu ihrer Verwirklichung hat es im Weltkommunismus seit den Diskussionen über die nationale und koloniale Frage auf dem II. Kominternkongreß 1920 bis heute immer wieder Meinungsverschiedenheiten und Machtkämpfe gegeben, die im Kern darum gingen, ob die Bedingungen für diese Weltrevolution bereits reif seien und welche Mittel der kommunistischen Machtergreifung unter den bestehenden Bedingungen erfolgreich eingesetzt werden können.

Die Errichtung einer kommunistischen Herrschaft über China durch Mao Tse-tung im Jahre 1949 hat der Hoffnung der kommunistischen Führer auf die

Verwirklichung der von Lenin prophezeiten Weltrevolution neuen Auftrieb gegeben. Zwar schätzen die Sowjetführer auch heute noch die wirtschaftliche und militärische Macht Chinas nicht übermäßig ein, sie setzen aber die Millionenmassen Chinas als «revolutionäre Potenz» in ihr politisches Kalkül. Wenn der Übertritt Chinas einen unbestreitbaren Machtzuwachs für das kommunistische Lager bedeutet, so stellte dieser aber auch Moskau vor neue Probleme der politischen Zusammenarbeit, die sich nach Stalins Tod noch bedeutend vergrößert haben⁵. In den Machtkämpfen um das Erbe Stalins wandten sich die streitenden Oligarchen an Mao um Hilfe; die Chinesen griffen 1956 aktiv in die Niederwerfung der osteuropäischen Revolutionen ein und leiteten daraus ein größeres Mitspracherecht in den Angelegenheiten des Ostblocks ab. Für die Machtstellung und die Führungsrolle der Sowjetunion im kommunistischen Lager und für die Einheitlichkeit der weltrevolutionären Zielsetzung wurde wiederum zu einer entscheidenden Frage, wieweit China bei seiner innenpolitischen Entwicklung dem «sowjetischen Vorbild» zu folgen hat. Wenn Mao auch weitgehend das in Sowjetrußland entwickelte Modell des Totalitarismus nur mit geringen Anpassungen den durchaus anderen historischen, nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen Chinas aufgepreßt hat, so schloß dies keineswegs Differenzen über das Ausmaß der sowjetischen Wirtschaftshilfe, der Geschwindigkeit der chinesischen Wirtschaftsentwicklung, über Liberalisierungsmaßnahmen, wie die Hundert-Blumen-Kampagne und dergleichen aus. Die chinesischen Führer konnten sich dabei einer *Erpressung aus Schwäche* bedienen, indem sie Moskau die Möglichkeit einer Erschütterung der kommunistischen Herrschaft in China vor Augen hielten, um es zu einem Einlenken auf die Forderungen und Ansichten Pekings zu bewegen.

Kommunismus und zweite industrielle Revolution

In diesen Differenzen zwischen Moskau und Peking tauchte das alte Thema der Revisionismus-Diskussion zwischen Engels und Bernstein, Plechanow und Lenin und zum Teil auch Trotzki und Stalin wieder auf: nämlich, ob die Entwicklung zum Kommunismus an objektive Gegebenheiten und einen phasenmäßigen Prozeß gebunden ist, oder ob sie durch willkürlich gesetzte revolutionäre Aktionen abgekürzt und übersprungen werden kann. Dieses Problem spielte auch in den außenpolitischen und ideologischen Streitigkeiten im Jahre 1960 eine Rolle, die darum gingen, ob die Weltrevolution heranreifen oder spontan erzwungen werden muß. Als neue Dimension kam hinzu, daß diese Auseinandersetzung zugleich um die Möglichkeit der *Verwirklichung der Weltrevolution im Zeitalter der Atomkraft, der Automation und der Selbständigkeit der Entwicklungsländer* ging.

Unter dem Eindruck des strategischen Gleichgewichts und der Gefahr eines

atomaren Gegenschlags gegen die Sowjetunion hatte Chruschtschew am 20. Parteitag 1956 Lenins Lehre von der Verbindung zwischen Krieg und Revolution zu relativieren versucht und postuliert, daß der Kommunismus mit Hilfe einer Koexistenzpolitik ohne Auslösung eines Weltkrieges seine Ziele erreichen könne. Chruschtschew hatte bei der Proklamierung der «friedlichen Koexistenz» genau erkannt, daß als nächster Schritt zur Verwirklichung der Weltrevolution die Sowjetunion und das von ihr geführte kommunistische Lager aus der politischen, militärischen, wirtschaftlichen und psychologischen Isolierung heraustreten muß, in das sie der von Stalin entfesselte «Kalte Krieg» gebracht hatte. Chruschtschew, dem moderne massenpsychologische Propagandamethoden nicht fremd sind, begann in erster Linie das negative Bild des Kommunismus zu ändern, die Weltmeinung durch Friedensbewegung und Antiatomkampagne zu gewinnen und den sowjetischen Einfluß in die neutralen Länder auszudehnen. Zur Stützung seiner These von einem «friedlichen Weg» zum kommunistischen Endsieg wies er darauf hin, daß die Macht des kommunistischen Lagers so gewachsen sei, daß es bereits bestimmenden Einfluß auf den Gang der Weltpolitik nehmen und den Westen von der Entfesselung eines Krieges abhalten könne; andererseits verlangte er aber eine Atempause «friedlicher Koexistenz», um Sowjetrußland — auch unter Anzapfung des westlichen Wirtschaftspotentials — in eine moderne Industriemacht zu verwandeln und die Vereinigten Staaten einzuholen. Wenn Chruschtschew und die Sowjetführer auch erkannt haben, daß sich mit dem Fortschritt der zweiten industriellen Revolution im Westen und dem Selbständigwerden der Entwicklungsländer die politischen Bedingungen der Weltrevolution geändert haben, so versuchen sie nach wie vor den damit verbundenen diffizilen und komplizierten Problemen mit der Feststellung auszuweichen, daß nicht diese, sondern die «wachsende wirtschaftliche und militärische Macht des kommunistischen Lagers» als Form der «internationalen Diktatur» das Hauptereignis der Gegenwart darstellen⁶.

Besuchsdiplomatie oder «internationale Diktatur»

Als Chruschtschew in Vollzug dieser Politik im Herbst 1959 nach Amerika reiste und sich für das Gipfeltreffen vorbereitete, traten die chinesischen Parteiführer mit ihrer Kritik an die Öffentlichkeit, einer Kritik allerdings, die intern bereits seit dem 20. Parteitag 1956 geübt worden ist. Chruschtschew hatte nach seiner Rückkehr aus Washington am 30. September 1959 in Peking erklärt: «Schon jetzt sind die Kräfte des Kommunismus so groß, daß reale Möglichkeiten entstehen, Kriege als Mittel einer Regelung internationaler Streitigkeiten auszuschließen.» Aus den Gesprächen mit Eisenhower hatte der Sowjetführer zudem den Eindruck mitgebracht, «daß der Präsident der

Vereinigten Staaten die Notwendigkeit einer internationalen Entspannung erkannt hat⁷». Am 3. Oktober erschien in Peking aber eine ausführliche Analyse des Amerikabesuchs Chruschtschews, die zu der Schlußfolgerung gelangte, daß die USA «den Besuchsaustausch als Vehikel des Kalten Kriegs benutzt und die hochtönenden amerikanischen Bekenntnisse für den Frieden, ein Auftauen des Eises und eine Verbesserung der Atmosphäre Banalitäten und Lügen sind». In dem Journal des chinesischen Instituts für Außenpolitik hieß es weiter:

«Die aggressiven Kräfte werden nicht freiwillig aus ihren Positionen abziehen. Die Kräfte des Friedens müssen einen langen und harten Kampf wagen, um Position für Position dem aggressiven Lager zu entreißen. Der amerikanische Imperialismus ,wird nicht sein Schlächtermesser niederlegen, um ein Buddha zu werden.‘ Wir dürfen auch nicht die Illusion hegen, daß er von sich aus seine imperialistischen Züge abstreifen wird und sich ,auf der Stelle in einen Buddha verwandelt!‘ Wir müssen eine Situation schaffen, die ihn zwingt, sein Schlächtermesser niederzulegen und die Vorschläge der Koexistenz anzunehmen⁸.»

Damit wurde das Wort Chruschtschews und der Erfolg seiner Amerikareise in Frage gestellt und seinen diplomatischen Vorstößen die Forderung nach revolutionärem Kampf entgegengehalten. Yu Chao-li äußerte anfangs Januar 1960 in der «Roten Fahne» sogar die Vermutung, daß Chruschtschew in Amerika einem Täuschungsmanöver der Imperialisten zum Opfer gefallen sei⁹. Auf dem Treffen des Warschauer Paktes erklärte Kang Scheng am 4. Februar 1960 vor den versammelten Satellitenführern, daß die Vereinigten Staaten durch die Änderung des weltpolitischen Gleichgewichts zu «Friedensgesten» gezwungen werden, damit aber erreichen wollen, «den Kampfgeist der Völker zu dämpfen, die Einheit der Friedenskräfte zu stören und das kommunistische Lager aufzulösen; sie träumen sogar von einer ,friedlichen Evolution‘ in den kommunistischen Ländern¹⁰». Hinter diesen Bedenken stand natürlich die Furcht der chinesischen Kommunisten, daß Verhandlungen auf höchster Ebene ohne Teilnahme Chinas dieses isolieren und als zweitrangige Macht belassen würden. Sie brauchten auch zur Ablenkung von der durch den Aufstand in Tibet und durch den Mißerfolg des «großen Sprungs» entstandenen kritischen Lage im Innern nicht Entspannung, sondern die Beschwörung eines äußeren Feindes. Zudem hatte die Opposition unter den Intellektuellen und Offizieren mit ausdrücklichem Hinweis auf Chruschtschew eine Änderung der Politik Maos verlangt¹¹. Bei der Abneigung gegen Chruschtschews Koexistenzpolitik wirkte auch das Trauma von 1927 nach, als Tschiang Kai-schek das von Stalin den chinesischen Kommunisten aufgezwungene Bündnis brach und diesen eine blutige Niederlage beibrachte; mit dem Hinweis auf Stalins falsche Politik von 1926/27 und dessen Skepsis gegenüber den Möglichkeiten einer kommunistischen Machtergreifung in China nach 1945 stellten die Chinesen natürlich auch die Richtigkeit der Politik Chruschtschews und den Unfehlbarkeitsanspruch Moskaus in Frage.

Koexistenz als Klassenkampf

Die Streitigkeiten zwischen Moskau und Peking um «Volkskommunen» und Gipfeldiplomatie verdichteten sich im Laufe des Jahres 1960 zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung um das kommunistische Dogma und die Möglichkeit der Verwirklichung der Weltrevolution. Diese wurden in einer äsopischen Sprache in langen ideologischen Disputen in Zeitungs- und Zeitschriftenaufsätzen und in Reden der Parteiideologen geführt. Bereits im Februar hatte Sung Tu in einer extremen Weise die «Frage von Krieg und Frieden» aufgeworfen:

«Wir können nicht sagen, daß es keinen Krieg mehr geben wird, denn Krieg ist in Wirklichkeit eine Form des Klassenkampfes, der international von den Imperialisten gegen die kommunistischen Länder und die Völker der Welt geführt wird. Wir haben keinen Grund zur Annahme, daß wegen der ständig wachsenden Macht des kommunistischen Lagers die Imperialisten freiwillig nachgeben und auf ihre Kriegshoffnungen verzichten werden und daß es deshalb für immer keine Kriege mehr geben wird. . . Solange sie leben, werden die Imperialisten nicht abrüsten und deshalb ist es eine nichtzuverwirklichende Phantasie, unsere Hoffnung für einen dauernden Weltfrieden an die Möglichkeit zu knüpfen, daß die Imperialisten einer totalen Abrüstung zustimmen und diese durchführen würden. . .

Einige Leute sehen die Dekadenz des Imperialismus und glauben, daß er deshalb auf einen Krieg verzichten müßte; in Wirklichkeit wird er desto gefährlicher, je weiter seine Auflösung fortschreitet. . . Zu sagen, daß wegen der Existenz von Atomwaffen die Imperialisten aufhören werden, zur Lösung internationaler Streitigkeiten Krieg oder Kriegsdrohung anzuwenden, ist bloß das Gerede eines Träumers. Ob Atomwaffen in einem künftigen Krieg angewendet werden oder nicht, so steht jedenfalls das eine fest, daß es Aggressionen und Kriege geben wird, solange der Imperialismus existiert. Die sogenannte Welt ohne Krieg — falls es nicht nur eine kindliche Phantasie ist — kann nur eine Welt ohne Imperialisten, oder genauer, ohne Klassen sein. Um dieses Ideal zu verwirklichen, muß die Menschheit langdauernde, anstrengende, komplizierte und gewaltsame Kämpfe auf sich nehmen. . .

Wenn die Völker nicht aufstehen und kämpfen, sondern Kompromisse mit den Imperialisten schließen und ihnen den kleinen Finger geben, dann werden diese den ganzen Arm verlangen. . . Nur durch die Durchführung eines großen und gerechten Krieges zur Zerschmetterung des ungerechten Krieges der Imperialisten können wir effektiv den Frieden erhalten. In unserem Kampf um den Frieden müssen wir die USA als Papiertiger entlarven, keine Furcht vor ihrer atomaren Drohung zeigen und den Kampfeifer der Völker anfeuern. . . Wenn wir auch für den Frieden eintreten, so dürfen wir keine Illusionen über einen sogenannten ewigen Frieden hegen und bei den Imperialisten nicht darum betteln. Trotz unserer entschiedenen Opposition gegen den Krieg fürchten wir ihn nicht. Wir müssen für jede plötzliche Änderung der Ereignisse bereit sein. Wir sind während des Sturmes geboren worden und fürchten keinen Sturm, woher er auch kommen mag¹². »

Anläßlich des 90. Geburtstages von Lenin am 22. April 1960 trat Peking für revolutionäre Vorstöße gegen den Westen auch unter der Gefahr der Auslösung eines atomaren Krieges ein, und es beschuldigte die sowjetischen Parteiführer des Abweichens von der Linie Lenins und des «Revisionismus». Moskau antwortete mit dem Gegenvorwurf des «Dogmatismus», unterstellte Peking sogar «trozkistische Tendenzen» und zieh es des Mißverständnisses von

Lenin¹³. Die Ereignisse in der Türkei und Korea, in Japan und Kuba, die U-2-Affäre und das Scheitern der Gipfelkonferenz stärkten die Argumente Pekings. In Moskau selbst hatte eine Umorientierung der Innen- und Außenpolitik stattgefunden, und Chruschtschew selbst nahm mit der «Koexistenz bis aufs Messer» eine härtere Haltung ein¹⁴. Der Streit zwischen Moskau und Peking um die besten Methoden der Weltrevolution — in der weltrevolutionären Zielsetzung waren sich beide nach wie vor einig — zog aber ungeachtet der Bereitschaft Moskaus, neben den diplomatischen Vorstößen das revolutionäre Element wieder stärker zu mobilisieren, immer weitere Kreise. Peking wies darauf hin, daß angesichts der revolutionären Entwicklungen in Asien, Afrika und Südamerika die Zeit für einen weltrevolutionären Vorstoß gekommen sei und eine Fortsetzung der Koexistenzpolitik nur den Kampfgeist der Völker dämpfen würde. Moskau entgegnete, daß die Auflösungserscheinungen im «kapitalistischen Lager» die direkte Folge dieser Koexistenzpolitik sei, die man fortsetzen müsse, um ohne Auslösung eines Weltkrieges die gesteckten Ziele zu erreichen. Bei seiner Verteidigung gegen die Angriffe der radikaleren Chinesen wurde Moskau gezwungen, die wahre Bedeutung und Absicht seiner Koexistenzpolitik darzulegen:

«Hie und da trifft man auf die Frage, ob das Prinzip der friedlichen Koexistenz nicht die Entwicklung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung hindert. Offen gesagt sind solche Fragen nur aus der fehlenden Bereitschaft zu erklären, das Wesen der Koexistenz zu verstehen. Dieses Prinzip ist selbst nichts anderes als die *höchste Form des Klassenkampfes zwischen zwei entgegengesetzten Systemen, Kapitalismus und Kommunismus*. Die friedliche Koexistenz fördert die Entwicklung des Klassenkampfes des Proletariats in den kapitalistischen Ländern und des Kampfes gegen die amerikanische Dominanz. Unter den Bedingungen der Kriegsvorbereitung unterdrücken die herrschenden Kreise in den kapitalistischen Ländern jede Opposition und beschneiden die Demokratie. Durch die friedliche Koexistenz werden sie aber gezwungen, den oppositionellen Kräften nachzugeben und ihr Regime zu liberalisieren. Die Verstärkung des Klassenkampfes in Japan, Italien, Belgien und Frankreich beweist dieses Naturgesetz. . .

Der Kampf für die friedliche Koexistenz erfüllt zwei historische Aufgaben: die Sammlung und Mobilisierung der Kräfte gegen die Vorbereitung eines neuen Krieges und die Gewinnung der Massen auf die Seite des Kommunismus¹⁵.»

Auf dem Kongreß des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes in Peking im Juni, auf dem Weltfriedenskongreß in Stockholm im Juli und auf dem Treffen der kommunistischen Führer in Bukarest im Juni suchte Peking seinen Standpunkt durchzusetzen und unter den Satelliten Moskaus Anhänger zu gewinnen, was ihm aber bloß mit Albanien gelang. Mit der Veröffentlichung von Maos Aufsätzen aus den Bürgerkriegsjahren 1945 bis 1949 versuchte Peking zu beweisen, daß man mit der richtigen Strategie einen stärkeren Gegner — wie Tschiang Kai-schek so jetzt die Vereinigten Staaten — schlagen könne¹⁶. Moskau sah damit nicht bloß seine Außenpolitik, sondern auch seine Machtstellung und ideologische Führung im kommunistischen Lager und die Solidarität des Weltkommunismus bedroht und schlug massiv zurück. Chrusch-

tschew verurteilte in Bukarest die chinesische Einstellung und unterstützte seine ideologischen Argumente mit dem Rückzug der sowjetischen Techniker aus China, dem er damit zu verstehen geben wollte, daß es nach wie vor auf die Sowjetunion angewiesen ist.

Dogma und Strategie

Im Kern ging diese ganze Auseinandersetzung — die im Weltkommunismus nicht die erste und sicher auch nicht die letzte ist — um die Frage, wieweit das marxistisch-leninistische Dogma in der Gegenwart gültig und Lenins weltrevolutionäre Strategie noch anwendbar ist. Peking beharrte auf einer orthodoxen Auslegung und verurteilte Chruschtschews Modifizierungsversuche vom 20. und 21. Parteitag. Moskau wiederum vertrat die Auffassung, daß man neue Rezepte suchen und anwenden müsse, um die Ziele des Kommunismus unter den gegenwärtigen Bedingungen erreichen zu können. Chruschtschew ging während des rumänischen Parteitags sogar so weit, die Gültigkeit der vor 40 Jahren unter anderen welthistorischen Aspekten entwickelten Lehren Lenins überhaupt in Frage zu stellen:

«Man darf nicht ohne Rücksicht auf die konkrete Lage, ohne Rücksicht auf die Änderungen des Kräfteverhältnisses in der Welt wiederholen, was der große Lenin unter ganz anderen geschichtlichen Verhältnissen gesagt hat. . . Wir leben in einer Zeit, da Marx, Engels, Lenin nicht unter uns sind. Wenn wir gleich Kindern vorgehen, die das A b c erlernen und aus einzelnen Buchstaben Wörter zusammenfügen, werden wir nicht viel erreichen können. Man muß nicht nur lesen, sondern das Gelesene richtig verstehen und es auf die konkreten Bedingungen jener Zeit anwenden, in der wir leben, die vorhandene Situation berücksichtigen, das reale Kräfteverhältnis in Betracht ziehen können. Ein Politiker, der auf diese Weise verfährt, zeigt, daß er nicht nur lesen, sondern auch die revolutionäre Lehre schöpferisch anwenden kann¹⁷.»

Möglicherweise hat Chruschtschew mit seinem Verlangen nach einer «schöpferischen Entwicklung des Marxismus-Leninismus» eine langfristige Entwicklung eingeleitet, die für das kommunistische Lager nicht weniger folgenreich werden kann als die Geheimrede von 1956. Peking gab dieser Befürchtung offen Ausdruck, daß mit diesem «Revisionismus» die Prinzipien des Kommunismus und die Macht der Partei selbst in Frage gestellt würde:

«Die gesamte Theorie des Marxismus-Leninismus steht im Dienste des Weltproletariats und der Revolution der verschiedenen Völker. Der revolutionäre Geist ist die Seele des Marxismus-Leninismus. Bei der Betrachtung neuer Situationen und neuer Erfahrungen dürfen wir aber unter keinen Umständen von den fundamentalen Prinzipien und Methoden des Marxismus-Leninismus abweichen, da dies eine grundlegende Verletzung des Marxismus-Leninismus bedeuten würde.

Die Revisionisten aller Schattierungen benutzen stets gewisse neue Situationen, um die marxistisch-leninistische revolutionäre Theorie zu entstellen und die Arbeiterklasse so vom richtigen Weg des revolutionären Klassenkampfes abzubringen¹⁸.»

Neben dieser grundsätzlichen Frage differierten die sowjetischen und chinesischen Kommunisten auch über die Einschätzung der Epoche. Chruschtschew vertrat die Auffassung, daß sich der Kapitalismus bereits auf dem absteigenden Ast befindet und daß sein Untergang nicht das «Ergebnis unserer Gewaltmaßnahmen», sondern «das Ergebnis des Kampfes der inneren Kräfte» sein wird¹⁹. Die Chinesen entgegneten, daß der Kapitalismus nicht von selbst, sondern nur durch einen nachdrücklichen Stoß von der Bühne der Weltgeschichte verschwinden wird, und sie zitierten Mao:

«Die Reaktionäre werden nur fallen, wenn man sie niederschlägt. Es ist wie beim Säubern des Bodens: wo der Besen nicht hinkommt, bleibt der Staub liegen²⁰.»

Peking betrachtete nach wie vor Raum und Menschenmassen als die entscheidenden Machtfaktoren, Moskau hingegen versuchte, die Veränderung der Machtverhältnisse durch moderne technische Mittel zu berücksichtigen. China war durchaus bereit, einen atomaren Krieg in Kauf zu nehmen, der nach seiner Meinung die Errichtung des Kommunismus im Weltmaßstab nicht behindern, sondern fördern würde:

«Falls die amerikanischen und anderen Imperialisten es wagen sollten, entgegen dem Willen der Menschheit einen Krieg unter Verwendung von Kernwaffen anzuzetteln, wird dies — solange die Völker aller Länder ihre Wachsamkeit erhöhen und auf alles vorbereitet sind — bei gleichzeitiger Beherrschung der modernen Waffen durch das kommunistische Lager mit Sicherheit zu einer sehr raschen Vernichtung jener von den Völkern der Welt eingekreisten Ungeheuer, niemals aber zu einer Auslöschung der gesamten Menschheit führen...»

Auf den Trümmern des toten Imperialismus würde das Siegevolk in kürzester Zeit eine Zivilisation, die tausendmal höher steht als das kapitalistische System, und eine wahrhaft schöne Zukunft für sich schaffen. Die Schlußfolgerung kann nur folgende sein: Von welchem Standpunkt man die Sache auch betrachtet, keine der neuen Techniken, wie Atomenergie, Raketen usw. hat die von den modernen Revisionisten behauptete Änderung der von Lenin aufgestellten grundsätzlichen Merkmale der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution herbeigeführt²¹.»

Moskau wiederum, das natürlich stärker durch einen atomaren Gegenschlag bedroht ist, wies darauf hin, daß ein atomarer Weltkrieg das kommunistische Lager mit vernichten würde:

«Man kann nicht übersehen, daß das Ergebnis eines modernen Krieges eine Vernichtung der Produktionskräfte, insbesondere der Hauptproduktionskraft, der Werktätigen wäre und die Menschheit große Schwierigkeiten hätte, auf den Trümmern nach einer Kriegskatastrophe eine neue Gesellschaft aufzubauen. Ein vernichtender Krieg würde den Aufbau einer neuen Gesellschaft noch schwieriger machen²².»

In diesem Zusammenhang bildete die Möglichkeit der Abrüstung und der Kontrolle der Atomwaffen einen weiteren Differenzpunkt zwischen Moskau und Peking. Ferner kritisierte Peking Moskaus Einstellung zu den Entwicklungsländern und verlangte, daß Moskau nicht allein auf die Neutralität solcher unsicherer Kantonisten wie Nasser oder Nehru abstelle, sondern alles daran

setzen müsse, die Entwicklungsländer auf den Weg des Kommunismus zu zwingen und die Völker gegen die national-bourgeoisen Regierungen aufzuwiegeln; die Stimmabgabe in der UN gegen die Vereinigten Staaten sei kein Ersatz für den Kommunismus²³. Schließlich spielte in diese Auseinandersetzungen auch die alte Frage der inneren Entwicklung in China und der Sowjetunion mit, und Peking gab der Befürchtung Ausdruck, daß Chruschtschews Programm des «Einholens Amerikas» und seine Konzeption des «Kommunismus auf einer Woge von Milch und Speck» zu einer Verbürgerlichung der Sowjetmenschen und einem Nachlassen des revolutionären Elans führen müsse.

Chruschtschews Circulus vitiosus

Die Entgegnungen Moskaus auf diese Vorwürfe Pekings waren mit der Anklage der Häresie eher vorsichtig; sie konzentrierten sich vielmehr auf das Argument, daß Pekings aggressive Haltung das Koexistenzspiel stören, die eigenen Anhänger beunruhigen, Mitläufer abstoßen und die Verteidigungsbereitschaft des Westens stärken würden. Es wäre sicher sehr einseitig, aus diesem Gegensatz zu schließen, daß die Sowjetunion mit ihrer Koexistenzpolitik friedliche Absichten verfolgt und die chinesischen Kommunisten allein das aggressive Element darstellen (sie setzten sich gegen diese Festlegung durch Chruschtschew auch immer zur Wehr). Chruschtschew versuchte allerdings, aus einer solchen, von ihm mit gezielten Indiskretionen geförderten Schwarzweißmalerei, politisches Kapital zu schlagen. Den Westmächten gab er zu verstehen, daß man ihn, den doch friedlichen und koexistenzfreudigen Chruschtschew gegen den böartigen Mao unterstützen müsse, indem man auf seine Forderungen eingeht und ihm Zugeständnisse macht. Mit so erpreßten Erfolgen hoffte er wiederum, die Richtigkeit seiner Politik gegenüber Peking unter Beweis zu stellen. Man darf dabei aber nicht übersehen, daß Peking im vergangenen Jahr zum Beispiel in seinen Verhandlungen mit Burma und Kambodscha und seinen Avancen gegenüber Pakistan und Japan die Koexistenztaktik nicht ungeschickter als Chruschtschew gehandhabt hat, der wiederum vor den Vereinigten Nationen nicht weniger radikal als die chinesischen Kommunisten aufgetreten ist. Peking hat nie die Möglichkeiten der Koexistenz unterschätzt, es wies aber darauf hin, daß man diplomatische Manöver nicht um den Preis des Verzichts auf revolutionäre Aktionen durchführen darf, und Marschall Lin Piao hat in diesem Sinn auf die Erfahrungen des chinesischen Bürgerkriegs verwiesen:

«Da Friedensgespräche ein ernster Klassenkampf sind, müssen wir diesen Kampf flexibel führen und dabei die revolutionären Interessen des Volkes schützen und die Friedensgespräche mit dem Kampf der breiten Massen koordinieren. Das chinesische Volk hat gelernt, daß man die Imperialisten nur durch intensive und scharfe Kämpfe zu Verhandlungen und zum

Einhalten von Übereinkommen zwingen kann. Der Kampf der Massen muß mit diplomatischen Verhandlungen koordiniert werden, da der Kampf der Massen den diplomatischen Verhandlungen den stärksten Rückhalt gibt²⁴. »

Peking hat unter Hinweis auf die Ereignisse des Jahres 1956 stets der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Koexistenzpolitik, bevor sie die beabsichtigte Auflösung des kapitalistischen Lagers erreicht, zu einer Schwächung des kommunistischen Lagers selbst führen kann. Darin wurde natürlich der Circulus vitiosus von Chruschtschews Koexistenzpolitik aufgedeckt: Um die Weltrevolution durch Konzessionen des Westens zu fördern, muß Chruschtschew diesem gegenüber als «ehrlicher Makler» auftreten und dabei die eigentlichen revolutionären Absichten verbergen, was wiederum zu einer Täuschung der eigenen Gefolgschaft führen muß. Wie der Westen mit Grund die Ehrlichkeit von Chruschtschews Koexistenzpolitik bezweifelt, so müssen dies seine Anhänger und Genossen mit seinem weltrevolutionären Eifer tun.

Kompromiß in der kommunistischen Weltbewegung

Die Gegensätze zwischen Moskau und Peking über die richtige weltrevolutionäre Strategie prallten nochmals auf dem Moskauer Kongreß der kommunistischen Weltbewegung im November 1960 zusammen. Aus nach dem Westen gelangten Berichten kann man entnehmen, daß der Führer der chinesischen Delegation, Liu Schao-tschi, Chruschtschews Beurteilung der heutigen Weltlage als eine «reformistische Verweichlichung des Kommunismus» verurteilt haben soll. Er habe hingegen die Auffassung vertreten, man dürfe die Möglichkeit eines Krieges solange nicht ausschließen als der Kapitalismus besteht, und man müsse sich für eine solche Auseinandersetzung rüsten, statt langatmige Verhandlungen zu führen und gefährliche Kompromisse abzuschließen. Chruschtschew soll in einer enragierten Entgegnung nicht nur auf die Gefahr der atomaren Zerstörung, sondern auch auf die der politischen Isolierung des Kommunismus hingewiesen und gesagt haben, daß es *politisch* der größte Fehler wäre, die Möglichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen überhaupt zuzugeben, denn heute sei die Furcht vor dem Kriege der stärkste Verbündete der kommunistischen Parteien. Liu soll darauf lakonisch geantwortet haben, daß Lenin die Oktoberrevolution auch nicht mit Überredungskünsten gewonnen und nie im Weißen Haus diniert hätte. Nach vierwöchigen Verhandlungen wurde schließlich ein Kompromiß geschlossen und in der Moskauer Deklaration vom 6. Dezember 1960 fixiert. Moskau und Peking hatten sich, nicht ohne sowjetische Zugeständnisse, auf einer radikalen weltrevolutionären Linie getroffen. Man ist sich einig geworden, zwar einen Weltkrieg zu vermeiden, gleichzeitig aber alle «nationalen Befreiungskriege» zu unterstützen. Die Koexistenz wurde eindeutig als «Form des Klassenkampfes»

definiert. Gegen den Hauptfeind, die Vereinigten Staaten, soll der Stoß in den Entwicklungsländern geführt werden, indem man diese in das kommunistische Lager zu ziehen versucht. Den Streitpunkten um die komplizierten Probleme der Gegenwart ist man dadurch ausgewichen, daß man auf die orthodoxe kommunistische Lehre zurückgriff, wie sie Lenin formuliert hat und wie sie auf dem VI. Kominternkongreß 1928 niedergelegt worden ist. Mit diesem neuen Programm der kommunistischen Weltbewegung wurde einstweilen der Streit zwischen Moskau und Peking beigelegt, und beide Zentren haben ihre Gegensätze den gemeinsamen Interessen des Weltkommunismus untergeordnet.

Natürlich ist es ungewiß, wie fest und dauerhaft der neue Kompromiß ist; fest steht aber, daß die gefundene Kompromißformel der eigenen Aktivität Moskaus wie Pekings gewisse Grenzen setzt, die kein Partner überschreiten darf, wenn er diesen Kompromiß nicht in Frage stellen will. Die kommunisti-

¹ Lenin, Sämtliche Werke, Band XIX, S. 269. ² Lenin, Sämtliche Werke, Band XVIII, S. 254. ³ Vgl. Z. A. B. Zeman, *Germany and the Revolution in Russia 1915—1918*, Documents from the Archives of the German Foreign Ministry, London 1958, S. 6. ⁴ Lenin, Sämtliche Werke, Band XXVII, S. 416f. ⁵ Diese Reibungen und Meinungsverschiedenheiten werden durchaus zugegeben, und Chruschtschew sprach in Hinblick darauf von «Streitigkeiten, wie sie auch zwischen Mann und Frau auftreten können» («Prawda», 30. Juni 1957). Er erklärte das Auftreten «gewisser Störungen in den Beziehungen kommunistischer Länder» damit, daß man sich im Ostblock auf neuen, unerprobten Wegen befinde, noch immer einen «großen Ballast der Vergangenheit» mitschleppe und Störungsversuchen von außen unterworfen sei («Prawda», 21. April 1957). Dieselben Argumente wurden auch wieder zur Erklärung der Differenzen zwischen Moskau und Peking im Jahre 1960 angeführt; als weiterer Erklärungsgrund wurde der unterschiedliche Entwicklungsstand zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China herangezogen. ⁶ An keiner Stelle wird die Unfähigkeit des Kommunismus, mit den Problemen der Gegenwart fertig zu werden so deutlich, wie in den Versuchen, moderne, technische, wirtschaftliche militärische, soziale und geistige Phänomene in das Lehrgebäude des Kommunismus einzubauen. Vgl. z. B. F. Konstantinow, Ch. Momdschjan, *Dialektik und Gegenwart*, in «Kommunist», Nr. 10/1960. ⁷ «Prawda», 1. Oktober 1959. ⁸ «Kuo-chi Wen-ti Yen-chiu» (Forschungen über internationale Probleme), Nr. 6, 3. Oktober 1959. ⁹ «Hongqi», Nr. 1/1960. ¹⁰ «Peking Review», Nr. 6/1960. ¹¹ Vgl. NZZ, 20. April 1960, Nr. 1322, und «The China Quarterly», Nr. 2, April-June 1960, S. 1ff. ¹² «Chung-kuo Ch'ing-nien», Nr. 4, 16. Februar 1960. ¹³ Vgl. NZZ, 13. Mai 1960, Nr. 1644. ¹⁴ Vgl. Boris Meißner, *Die Sowjetunion vor dem XXII. Parteikongreß der KPdSU*, in: *Osteuropa*, Nr. 2/1961; derselbe, *Zur Auseinandersetzung Moskau-Peking*, in: *Ost-Probleme*, Nr. 3/1961. ¹⁵ Boris Ponomarew in «Prawda», 12. August 1960. ¹⁶ Vgl. NZZ, 28. und 29. Oktober 1960, Nr. 3720 und 3731. ¹⁷ «Prawda», 22. Juni 1960. ¹⁸ «Jenminjipao», 21. November 1960. ¹⁹ «Prawda», 19. Januar 1957. ²⁰ «Peking Review», Nr. 45/1960, S. 19. ²¹ «Hongqi», Nr. 8/1960. ²² «Prawda», 7. August 1960. ²³ Auf dem 20. Parteitag hatte Chruschtschew den «parlamentarischen Weg» zur kommunistischen Machtergreifung herausgestrichen; dies wurde mit der Bemerkung von Mao in Frage gestellt: «In einem halbkolonialen und halbfeudalen Land wie China gibt es kein Parlament, das ausgenutzt werden kann, und auch kein legales Recht zur Organisierung der Arbeiter. In China ist die *Hauptform des Kampfes* der Krieg und die *Hauptform der Organisation* die Armee.» Im Communiqué des Bukarester Treffens wurde in diesem Sinn die Anwendung «nichtfriedlicher Mittel» bei der kommunistischen Machtergreifung bereits besonders hervorgehoben. ²⁴ «Peking Review», Nr. 29/1960.

schen Führer sind sich dabei bewußt, daß ein Bruch im kommunistischen Lager der Sache des Kommunismus schweren Schaden zufügen und den Erfolg der Weltrevolution, den beide anstreben, schwer gefährden würde. Die Bedeutung der Streitigkeiten zwischen Moskau und Peking für den Westen liegt nicht darin, daß sich darin die Möglichkeit eines Bruches anzeigt, der früher oder später den Westen von der kommunistischen Bedrohung befreien würde, sondern vielmehr darin, daß Moskau und Peking im Verlaufe dieser ideologischen Auseinandersetzungen ihre weltrevolutionären Pläne und Ziele unmißverständlich und in aller Deutlichkeit dargelegt und bestätigt haben. Die Vorgänge im kommunistischen Lager vor und während des Moskauer Kongresses haben erneut gezeigt, daß die kommunistischen Führer über alle Machtkämpfe und theoretische und praktische Differenzen hinweg sich stets darin einigen und einig sind, den Westen zu besiegen und die von Lenin prophezeite Weltrevolution in unserer Gegenwart zu vollenden.

Das Problem der Fremdarbeiter in der Schweiz

GERHARD WINTERBERGER

Das Problem der ausländischen Arbeitskräfte in der Schweiz steht neben der Integrationsfrage gegenwärtig im Brennpunkt der wirtschafts-, sozial- und staatspolitischen Diskussion. Die ganze Frage ist jedoch derart komplex und vielschichtig, daß es unmöglich ist, sie im Rahmen dieses Aufsatzes erschöpfend zu behandeln. Eine knappe Beleuchtung einiger Aspekte muß genügen.

Die Größenordnung

In der schweizerischen Wirtschaft haben fremde Arbeitskräfte und Unternehmer immer wieder eine Rolle gespielt. Es sei nur an die Glaubensflüchtlinge des 16. und 17. Jahrhunderts sowie an die politischen Flüchtlinge des 19. Jahrhunderts erinnert. Gegen Ende des 19. und anfangs des 20. Jahrhunderts ergoß sich — begünstigt durch die liberalen Niederlassungsverträge — ein wahrer Strom von Ausländern aus Deutschland, Italien, Österreich, Böhmen und Polen in die Schweiz.